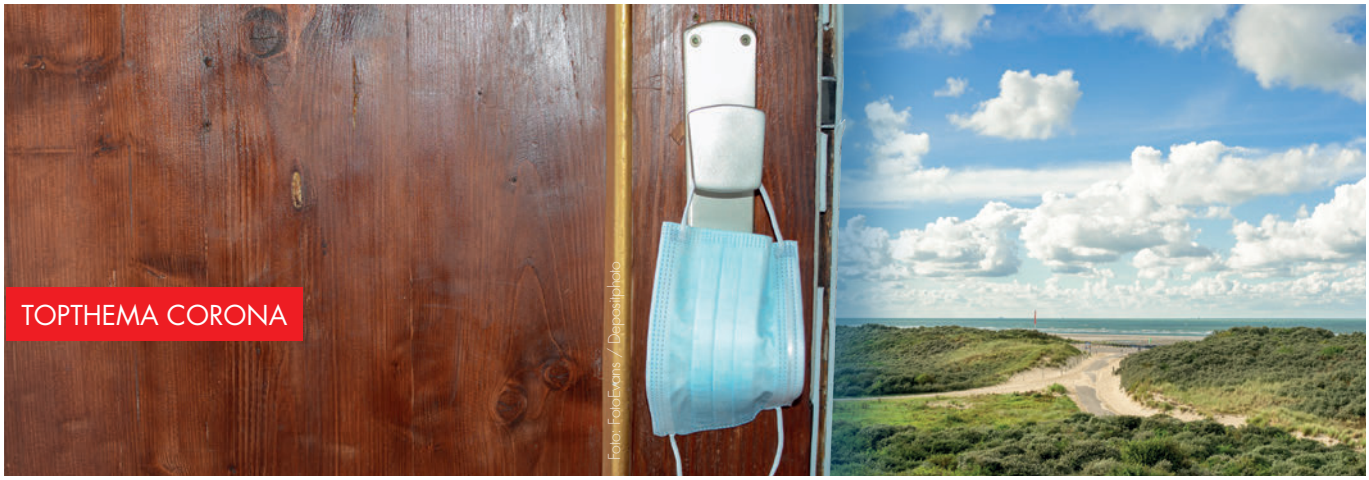
ALTERNATIVE SÜDWEST

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

Mittwoch, 6. Mai 2020 | Herausgegeben vom Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg | Information | Meinung | Service



Raus aus den Coronaverboten

Die Bürger fordern zurecht eine Rückkehr zur alten Normalität

Martin Hess, Bietigheim-Bissingen

Zuerst hat die Bundesregierung in der Corona-Krise nachlässig gehandelt. Statt schon im Januar konsequent Reisende an Flughäfen und Grenzen zu testen, Infektionsketten zu unterbrechen und Einreisesperren für Hochrisikogebiete umzusetzen, hat die Regierung einen Lockdown veranlasst, der für zahlreiche Bürger mit erheblichen wirtschaftlichen Einbußen verbunden ist und viele in eine existenzielle Krise stürzt.

Noch immer haben hunderttausende Bürger keine Klarheit über ihre berufliche oder unternehmerische Zukunft. Unsere Gastronomen warten zum Großteil immer noch auf einen Termin zur Wiederöffnung ihrer Restaurants, Bars oder Catering-Unternehmen. Dies gilt ebenso für unzählige andere Bereiche auch und vor allem des gesellschaftlichen Lebens.

Es ist also nur zu verständlich, wenn sich Protest gegen die inkonsequente Krisenbewältigung regt. Die Bürger haben es verdient zu wissen, wann sie ihre Tätigkeit vollumfänglich wieder aufnehmen und ihre Grundrechte wieder uneingeschränkt ausüben können.

Dies muss unverzüglich geschehen! Denn das Infektionsgeschehen ist mittlerweile unter Kontrolle und unser Gesundheitssystem gut zur weiteren Bewältigung der Lage aufgestellt.

Solange die geltenden Abstands- und Hygieneregeln beachtet werden und der Schutz von Risikogruppen konsequent umgesetzt wird, gibt es keinen Grund, die Grundrechtseinschränkungen fortzuführen.

Was haben die Bürger während der Kontaktsperren und anderen Beschränkungen nicht alles auf sich nehmen müssen! In Bayern wurden sie daran gehindert, Bücher auf Parkbänken zu lesen oder allein mit ihren Hunden auf Wiesen zu liegen. In Sachsen drohte die Landesregierung

Kriminelle lässt man laufen – aber Bürger verfolgt man wegen Corona wie Kriminelle

Personen, die sich einer Quarantäne-Anordnung widersetzten, mit Zwangsunterbringung in der Psychiatrie. In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern ließ die Polizeiführung mit Drohnen nach Ansammlungen von Menschen suchen. Zwar nahmen die Regierungen manche dieser Maßnahmen nach negativer Medienberichterstattung zurück. Die Botschaft allerdings bleibt bestehen:

Die Regierungen der Altparteien lassen zwar Drogendealer in öffent-

Fortsetzung auf Seite 2

IN DIESER AUSGABE

TOPTHEMA CORONA 1 – 5
Rechte|Finanzen|Schule|Freiheit

THEMEN VOR ORT 6
Krötentunnel-Gigantomanie

AUS DEM LANDTAG 7
Neuer Fraktions-Pressesprecher

AUFGEKLÄRT! 8
Fakten zu CO_2|Grüne stürzen ab

Fortsetzung von Seite 1

lichen Parks straflos gewähren, sie hindern Clans nicht effektiv an Ausschreitungen in Krankenhäusern. Aber wenn es darum geht, unbescholtene Bürger in ihrer Freiheit einzuschränken, legen sie äußerste Härte und letzte Konsequenz an den Tag.

Dieses Missverhältnis ist nicht länger hinnehmbar. Bürger dürfen

Der Staat muss die gleiche Entschlossenheit gegen Gewalttäter zeigen

nicht wie Kriminelle behandelt werden. Stattdessen müssen Polizei- und Justizbehörden endlich Kriminellen und gewaltbereiten Extremisten mit Nulltoleranz begegnen. In der Corona-Krise hat der Staat Handlungsfähigkeit gezeigt, jetzt muss er noch beweisen, dass er auch über Handlungsentschlossenheit verfügt, wenn es gegen Gewaltverbrecher geht, die Gegenwehr leisten. Die Bürger haben das gute Recht, in Demonstrationen ihre Grundrechte einzufordern. Namhafte Professoren des Öffentlichen Rechts haben öffentlich angezweifelt, dass der Vorrang von Verordnungen über das Gesetz, der in der Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen wurde, verfassungsgemäß ist. Grundgesetz-Experte Professor Christoph Möllers stellte am 12. April im Tagesspiegel sogar fest: „Wir leben in einem quasi grundrechtsfreien Zustand. Und es wäre besser, wenn das die Ausnahme bliebe."

Professor Möllers hat Recht. Dieser Zustand darf nicht zum Dauerzustand werden. Und die Bürger haben das demokratische Recht, die Bundesregierung genau daran zu erinnern. Völlig zu Recht fordern sie ein, ihre Grundrechte zurückzuerhalten. Sie wollen zur Normalität zurückkehren, und zwar zur alten Normalität und nicht zu einer „neuen Normalität", von der viele Politiker schwadronieren. Genau diese Politiker spielen in der Krise die Polizei gegen die Bürger aus. Sie lassen Polizeibeamte gegen Demonstranten für die Freiheit teils konsequenter vorgehen als gegen vermummte linke Gegendemonstranten oder gegen Clans, die sich Corona-Verboten widersetzen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass ein Keil zwischen Bürger und Polizei getrieben wird. Die Innenministerien von Bund und Ländern tragen die Verantwortung dafür, dass Clankriminelle und extremistische Chaoten unseren Rechtsstaat aushöhlen.

Jetzt ist es höchste Zeit, das Ruder herumzureißen und der Polizei die Vorgaben zu erteilen, auf die sie wartet, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden und die Bürger effektiv zu schützen: Nulltoleranz gegen Kriminelle, bestmöglichen Schutz für die Bürger!

Für genau diese Politik steht die Alternative für Deutschland.

Martin Hess ist Bundestagsabgeordneter und Direktkandidat im Wahlkreis Ludwigsburg. Er ist stellvertretender innenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und stellvertretender Landesvorsitzender der AfD Baden-Württemberg. Von Beruf ist Hess ehemalig Polizeihauptkommissar mit 27 Jahren Diensterfahrung, sowohl im operativen Polizeivollzugsdienst als auch in der Lehre. Vor seinem Bundestagsmandat war er als Dozent an der Hochschule für Polizei tätig.

Die Rechtsbrüche im Zusammenhang mit der Euro-Rettung haben ihn im April 2013 bewogen, in die AfD einzutreten. Im Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg ist er vor allem für die Landesgeschäftsstelle und den Kontakt zum Sicherheitsbeauftragten der AfD zuständig und arbeitet intensiv daran, im Superwahljahr 2021 einen starken Einzug in den Landtag Baden-Württemberg und den Bundestag sicherzustellen.

Schule starten!

Dr. Rainer Balzer, Bad Schönborn

Die Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen und besonders zu schützen. Im Vordergrund muss der Schutz der besonders gefährdeten Personen stehen. Jedoch: Maßnahmen zum Gesundheitsschutz, die die Freiheit einschränken, müssen immer wieder auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Die für Corona-Patienten freigehaltenen Betten in Krankenhäusern bleiben inzwischen leer, Ärzte und Krankenschwestern müssen in Kurzarbeit gehen. Das zeigt: Nach den mehrwöchigen Infektionsschutz-Maßnahmen ist jetzt dringend eine Überprüfung erforderlich.

Die Schulen und Hochschulen brauchen jetzt dringend Klarheit über die Fortführung von Unterricht und das Ablegen von Prüfungen. Ferner: Die Schüler nehmen teils mehr, teils weniger am digitalen Lehrangebot teil, manche rufen die Unterrichtsaufgaben ab, andere tun dies eben nicht, was auch mit dem häuslichen Umfeld zusammenhängen mag. Die Lehrer haben dagegen keine Handhabe. Auch das ist ein Grund für einen Start des regulären Unterrichts.

Hilfreich ist, dass junge Menschen das Sars-CoV-2-Virus am ehesten bewältigen. Da viele Lehrkräfte zu den Risikogruppen gehören, ist im Ministerium und bei den Schulleitungen Flexibilität erforderlich.

Schon jetzt ist der Schaden bei der Schulbildung und den Schülern groß. Ein zügiger Start des Unterrichts für möglichst viele Klassen ist daher wichtig und dringend erforderlich.

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter und kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

Foto: Sven Geschinski

Diäten-Kürzung abgelehnt: Der Landtag zeigt wenig Solidarität mit Corona-Kurzarbeitern und -Arbeitslosen

Corona: Schuldenhaushalt stoppen

Die AfD-Fraktion fordert eine Kürzung der Abgeordnetendiäten

Dr. Rainer Podeswa, Heilbronn

Dem Land Baden-Württemberg steht der größte Wirtschaftsabschwung aller Zeiten bevor. Alle Unternehmen im Land bereiten sich auf die Krise vor, halten ihr Geld zusammen und überprüfen ihre Ausgaben. Das wird im Finanzministerium des Landes nicht anders sein, sollte der Bürger ganz selbstverständlich erwarten können. Weit gefehlt!

Anfang April beantragte die AfD im Landtag per Eilantrag den Erlass einer Haushaltssperre. Er wurde von allen Parteien abgelehnt. Eine Eilbedürftigkeit wurde nicht gesehen. Angesichts der Prognose, nach der die Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg um bis zu 20,6 Prozent schrumpfen kann, sehen alle Parteien keine Dringlichkeit! Dabei wird die Finanzierungslücke im Landeshaushalt schon in diesem Jahr die 10-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Sogar die Top-Kreditwürdigkeit Baden-Württembergs ist in Gefahr, was die Kreditaufnahme verteuern wird.

Die Top-Kreditwürdigkeit Baden-Württembergs ist in Gefahr

Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion Ende April ihre 10-Punkte-Finanzstrategie vorgestellt. Insbesondere von dem größten Beamtenaufwuchs der letzten zehn Jahre muss nun abgesehen werden. Ausnahmen dürfen nur für Positionen, die zur Lösung der Situation notwendig sind, und für die Polizei gelten. Ansonsten darf die Haushaltssperre nur Positionen ausnehmen, die aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Auflagen nötig sind.

In jedem ordentlich geführten Unternehmen ist ein täglicher Finanzüberblick selbstverständlich. Da können wir als Abgeordnete doch wenigstens monatliche Steuerschätzungen von der Finanzministerin erwarten. Doch auch das ist nicht der Fall. Dies und die damit verbundene Planlosigkeit des Regierungshandelns scheint außer der AfD keine Partei zu stören.

Neben der Haushaltssperre fordert die AfD-Fraktion die kritische Überprüfung aller Ausgaben und aller Risiken in den Landesbeteiligungen. Weiter verlangt sie, dass die Zahlungen Baden-Württembergs an die EU sowie für den Länderfinanzausgleich im Haushalt ausgewiesen werden.

Beide Posten, insgesamt über sechs Milliarden Euro, stehen nicht im Landeshaushalt, was die von den Konsensparteien beschworene Regel der „Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit“ völlig ad absurdum führt. Gerade in der schwierigsten Finanzlage aller Zeiten müssen wir darauf dringen, dass der Landeshaushalt die eigentlich selbstverständliche Transparenz aufweist.

Wir möchten als Fraktion Verantwortung für unser Land übernehmen sowie dessen Handlungs- und Zahlungsfähigkeit sowie seine Kreditwürdigkeit erhalten. Deshalb erwarten wir eine Kürzung der Abgeordnetendiäten, eine Kürzung der Besoldung der Minister und Staatssekretäre sowie einen Beförderungsstopp und die Aussetzung von Gehaltsanpassungen bei allen Landesbeamten.

Inzwischen wurde für fast 1,7 Millionen Beschäftigte im Südwesten Kurzarbeit beantragt, zehntausende Unternehmen stehen vor der Insolvenz. Da sollte der Bürger erwarten dürfen, dass sich die Landesverwaltung solidarisch zeigt. Den AfD-Antrag zur Kürzung der Diäten bei Abgeordneten, Ministern und Staatssekretären hat der Landtag am 29. April jedoch mit den Stimmen aller anderen Parteien abgelehnt.

Doch der schrankenlose Schuldenhaushalt ist mit der AfD-Fraktion nicht zu machen.

Dr. Rainer Podeswa ist stv. Fraktionsvorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der AfD-Landtgsfraktion

Foto: Dr. Rainer Podeswa

TURBO FÜR DIE WIRTSCHAFT

Unser alternatives 9-Punkte-Programm zur Bewältigung der Corona-Wirtschaftskrise

Der AfD-Landesvorstand Baden-Württemberg hat am 21.4.2020 dieses 9-Punkte-Programm zur Bewältigung der Corona-Wirtschaftskrise aufgestellt:

1 Alle geschlossenen Einrichtungen, darunter auch Restaurants und Friseure, müssen schrittweise wieder geöffnet werden. Der Geschäftsbetrieb soll unter Beachtung der Abstands- und Hygieneregeln und wo immer möglich mit dem flächendeckenden Tragen von Mundschutz wieder aufgenommen werden.

2 Die berufliche Ausbildung der jüngeren Bürger, die in vielen Fällen nicht per Heimarbeit erfolgen kann, muss wieder aufgenommen werden. Der temporäre Ausfall eines ganzen Azubi-Jahrgangs würde mittelfristig das gravierende Problem des Fachkräftemangels in unserem Land verschärfen. Insofern darf die Bildung von Schülern, Studenten und Auszubildenden durch eine Verschiebung von Abschlussprüfungen nicht wesentlich verzögert werden, da dies eine schwere Belastung für den Arbeitsmarkt darstellen würde.

3 Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen muss einen Bezug zur wirtschaftlichen Ertragskraft der Unternehmen vor Beginn der Corona-Krise haben. Wir plädieren daher dafür, bereits eingenommene Steuern, die für das Kalenderjahr 2018 gezahlt wurden, an kleinere und mittlere Unternehmen als Soforthilfe zurückzuzahlen.

4 Staatliche oder staatsnahe Abgaben müssen für Bürger mit niedrigem und mittlerem Einkommen je nach Bedarf bis zum Ende des Jahres gestundet werden. Die spätere Nachzahlung soll dabei unbürokratisch und ohne weitere Prüfung in Form angemessener Ratenzahlungen möglich sein. Hierunter sollten nicht nur Steuern fallen, sondern auch Sozialversicherungsbeiträge. Überflüssige Zwangsgebühren wie der Rundfunkbeitrag sind komplett auszusetzen.

5 Die Nullzinspolitik der EZB muss endlich beendet werden. Die wirtschaftlichen Verwerfungen, die infolge der Corona-Krise entstanden sind, lassen sich auch mit der freizügigsten Geldpolitik nicht überdecken. Sie treibt vielmehr die Preise in die Höhe und könnte, flankiert mit milliardenschweren exzessiven Hilfspaketen, im schlimmsten Fall eine Hyperinflation auslösen, welche die wirtschaftliche Existenz eines Großteils der Bürger und vor allem der Sparer restlos vernichten würde.

6 Der Staat muss konsequent die Abgabenlast reduzieren und vereinfachen. Die längst überfällige vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags muss endlich durchgeführt werden. Gleichzeitig bedarf es einer spürbaren Senkung der Mehrwertsteuer, um den Konsum anzukurbeln und Bürger mit niedrigerem Einkommen zu entlasten.

7 Ideologische Wirtschaftszerstörungsmaßnahmen wie im „Klimapaket“ der Bundesregierung müssen vollständig zurückgenommen werden. Schlüsselindustrien wie die Automobilbranche, aber auch Fluggesellschaften oder der Bürger als Dieselfahrer dürfen nicht für ihre bloße Existenz abgestraft werden. Für herstellende Unternehmen und den im Individualverkehr mobilen Bürger muss Baden-Württemberg attraktive Perspektiven bieten.

8 In Anlehnung an § 32 Absatz 1 Nrn. 4 und 5 des österreichischen Epidemiegesetzes (alter Fassung) muss in das deutsche Infektionsschutzgesetz eine Regelung aufgenommen werden, die bis zu einer vertretbaren Obergrenze Betriebe entschädigt, die infolge von erzwungenen Schließungen und Betretungsverboten wirtschaftliche Schäden erleiden. Die Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, dass die Kosten der Krisenbewältigung nicht gänzlich auf sie abgewälzt werden.

9 Die Abhängigkeit von Importen essenzieller medizinischer Güter muss reduziert und der Aufkauf deutscher Unternehmen durch das Ausland in wirtschaftlich schwierigen Situationen verhindert werden. Zu diesem Zwecke möchten wir einen Staatsfonds aufsetzen, der die notwendigen Investitionen in die inländischen Produktionskapazitäten tätigen und sich bei einem drohenden Ausverkauf deutscher Schlüsselindustrien einschalten kann.

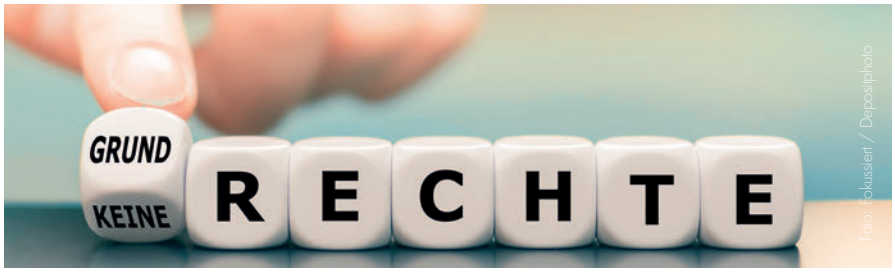


Foto: fokussiert / Depositphoto

Auch die Freiheit braucht Schutz

Andreas Piekniewski, Markdorf

Inzwischen ist vielen Bürgern klar, dass unsere Grundrechte durch die Coronamaßnahmen verletzt werden. Richten wir den Blick auf weniger beachtete Aspekte.

Der Schulunterricht findet zwar da und dort online statt, aber nur für jene Schüler, die über teures elektronisches Equipment und schnelles Internet verfügen. Kindern ohne diese Ausstattung, oft aus weniger betuchten Familien, ist somit das Recht auf Bildung verwehrt. Das gilt auch für das Recht auf freie Berufswahl. Einige Ausbildungsbetriebe mussten Kurzarbeit anmelden oder Mitarbeiter entlassen, manche stehen vor dem Konkurs. Welche berufliche Zukunft hätte in diesen Tagen ein junger Mensch in den Branchen Einzelhandel, Tourismus, Verkehr, Rüstung?

Auch das Recht auf Bildung ist für manche Kinder eingeschränkt

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit haben nicht nur Erkrankte, sondern auch Ärzte, Pfleger, Krankenschwestern, Verkäuferinnen, Bus- und Taxifahrer sowie alle anderen, die unser Land im unvermeidlichen Kontakt mit Mitmenschen am Laufen halten. Ihnen blieb viele Wochen lang – ohne ausreichende Schutzausrüstung – dieses Recht verwehrt.

Die Würde des Menschen spiegelt sich nicht zuletzt im Gesichtsausdruck. Wie kann man seinem Gegenüber würdig begegnen, wenn sein Gesicht hinter einer Maske verborgen bleibt?

Die Liste der Grundrechte-Einschränkungen ließe sich fortsetzen. Wir haben diese Grundrechte ererbt von unseren Vorfahren, die sie unter großen Opfern erkämpft haben: in den Freiheitskriegen, der 1848er-Revolution, der Frauenbewegung, der Weimarer Republik und nicht zuletzt von jenen Mutigen, die die Mauer 1989 zum Einsturz brachten. Dieses Erbe müssen wir angesichts der Coronamaßnahmen wieder erwerben, um es zu besitzen.

Ausschließlich und ausnahmsweise im Kriegs- und Katastrophenfall kann eine Notwendigkeit entstehen, Grundrechte einzuschränken. Jeder sollte dann die Einschränkungen mittragen, denn im Katastrophenfall geht es ums Überleben. Aber die Einschränkungen dürfen niemals dauerhaft werden, sie müssen regelmäßig überprüft und von den Herrschenden sehr gut begründet werden.

Nach dem Ende des Katastrophenfalles müssen alle Grundrechte vollumfänglich und unverzüglich wieder in Kraft gesetzt werden. Hier wird dem Verfassungsschutz seine vornehmste Aufgabe zuteil, nämlich unsere Verfassung zu schützen.

Wird er seiner Aufgabe gerecht werden? Wir werden ihn wachsam und kritisch beobachten.

Andreas Piekniewski ist Vorsitzender des AfD-Ortsverbands Markdorf am Bodensee
bodensee@afd-bw.de

Foto: Andreas Piekniewski

Konservativ!

Marc Bernhard, Karlsruhe

Deutschland vor dem Ausverkauf zu retten – das ist es, was mich täglich antreibt. Schon vor dem Staatsversagen in der Corona-Krise reihte sich eine Hiobsbotschaft an die andere: von linksgrünen Klimahysterikern herbeigeführte Massenentlassungen in der Auto- und Zulieferindustrie, noch höhere EU-Beiträge Deutschlands nach dem Brexit, neue Migrantenwellen, drohende Blackouts und ein erodierender Rechtsstaat. Gerade im von den grünen Wohlstandsvernichtern dominierten Baden-Württemberg müssen wir die Zukunftssicherung auf ein solides Fundament stellen.

Beruflich war ich zuletzt als Rechtsanwalt und Geschäftsführer eines weltweit tätigen Karlsruher IT-Unternehmens mit über 400 Mitarbeitern tätig. Ich kämpfe dafür, dass auch meine Kinder in Zukunft noch Arbeitsplätze in ihrer Heimat Deutschland und in innovativen Betrieben vorfinden, die an der Spitze der Weltwirtschaft Akzente setzen und Wohlstand schaffen.

Unsere verantwortungsvolle Aufgabe wird erfolgreich sein, wenn wir die Ressourcen zielgerichtet einsetzen und an einem Strang ziehen. Darum setzte ich mich für die bessere Zusammenarbeit und Kommunikation in unserer Partei ein.

Konservativ zu sein heißt, an der Spitze des echten Fortschritts zu stehen, sagte einst Franz Josef Strauß. Das ist auch mein Anspruch für mich, für unsere Partei und unser Land.

Marc Bernhard ist Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg

Foto: Marc Bernhard

THEMEN VOR ORT

Krötentunnel-Gigantomanie

In Östringen ist jedes Augenmaß verloren gegangen

JENS SCHÄFER, ÖSTRINGRN

Ein Krötentunnel muss her in Östringen. Den wollen alle. Und alle freuen sich darüber. So etwas haben wir ja noch nicht. Doch, sogar drei an der Zahl! Aber nur kleine Tunnel, ohne Komfort und nicht schön. Schmutz lag darin, Blätter und Ästchen. Das kann man den Kröten nicht zumuten. Kostet ja auch nur 700.000 Euro. Peanuts, der Steuerzahler hat's ja. Notfalls erhöhen wir die Grundsteuer oder eine andere Abgabe. Denn Krötentunnel muss schon sein. Wenn nicht in Östringen, dann in Zeutern.

Und Licht hatten die Kröten im alten Tunnel auch nicht. Licht muss hinein, damit auch die Halbblinden den Weg finden. Und die blinden Politiker? Was tun wir für sie?

Hallenbäder, in denen unsere Kinder und Enkel schwimmen lernen könnten, werden landesweit geschlossen. Schwimmen muss man offensichtlich nicht mehr können, was die Neuankömmlinge beweisen, die nicht schwimmen können. Obwohl niemand versteht, warum Krötentunnel gebaut werden müssen, werden sie gebaut. Für „Ökopunkte"!

Hallenbäder werden geschlossen – aber Krötentunnel für 700.000 € gebaut

Eingriffe in die Natur durch Baumaßnahmen sollen kompensiert werden, indem an anderer Stelle Ersatz geschaffen wird. Seit einigen Jahren gibt es dazu ein „Ökokonto", für das zeitlich unabhängig Pluspunkte durch mehr oder weniger sinnvolle Ökoprojekte erworben werden können. Hier geht es um die Ausweisung eines neuen Wohngebietes: Eine zum Teil brachliegende, landwirtschaftlich und gartenbautechnisch genutzte Fläche soll Wohngebiet werden.

Der Zusammenhang zwischen diesem Eingriff in die Natur und der Kompensationsvariante Krötentunnel geht allerdings vollkommen verloren. Auch sollten die Maßnahmen adäquat und verhältnismäßig sein. Auch das ist hier nicht gegeben.

Wir erleben hier unverkennbar die Auswirkungen einer fehlgeleiteten Umweltpolitik in Bund und Land.

Aber jetzt gibt's Minuspunkte vom Wähler, Strafpunkte und die gelbe Karte für schlechtes Regieren. Bei zu vielen Punkten auf dem Konto wird die Lizenz zum Regieren entzogen. Einige Punkte habt ihr schon: Bundesstraßenbaustelle, Umgehungsstraße, innerörtliche Straßen, Hallenbad, Schulgebäude, Radwege, Verkehrssicherheit.

Umweltschutz, Naturschutz, Tierschutz sind wichtig. Sie müssen unterstützt und betrieben werden – aber bitte mit Augenmaß. Und der Mensch muss dabei im Vordergrund stehen.

Überdimensionierte Baumaßnahme

Foto: Jens Schäfer

Jens Schäfer ist Bauingenieur aus Östringen und betreibt ein Ingenieurbüro als Abteilungsleiter Umweltschutz

Foto: Jens Schäfer

AUS DEM LANDTAG

Neuer Fraktions-Pressesprecher

Dr. Thomas Hartung startet eine Bewegtbildoffensive

Seit 1. März verstärkt Dr. Thomas Hartung die AfD-Fraktion Baden-Württemberg als neuer Pressesprecher. Der Thüringer (*1962 in Erfurt) promovierte 1992 nach seinem Lehramtsstudium Germanistik/Geschichte in Magdeburg zur deutschen Gegenwartsliteratur und war danach erst jahrelang als Radio- und Fernseh-Journalist in Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie über 32 Semester als freiberuflicher Dozent für Medienproduktion und Medienwissenschaft an vielen Hochschulen Deutschlands tätig. So produzierte er an der TU Dresden für Sachsen-Fernsehen das bundesweit zweite Studentenmagazin „035eins“. Dafür sowie für zwei weitere Formate erhielt er insgesamt vier sächsische Fernsehpreise.

Der bekennende „Erzliberalkonservative“ war als Student in die LDPD der DDR ein- und 1990 aus der FDP ausgetreten: von „misslungener Einheit“ nicht nur mit Blick auf die Parteienfusion spricht er bis heute. Hartung war neben Frauke Petry Mitbegründer der AfD Sachsen: „Wo ich am 28. April 2013 stand, stehe ich heute noch, da habe ich mich nicht einen Millimeter bewegt“. Er wurde zweimal zum Landesvize gewählt, verantwortete als Presse- und PR-Chef alle Publikate von der Pressemitteilung bis zum Fernsehspot und war federführender Redakteur der sächsischen Landtagswahlprogramme 2014 und 2019.

Der „Erzliberalkonservative“ erhielt vier sächsische Fernsehpreise

In der Positionierung der Stuttgarter Fraktion für den Wahlkampf sieht Hartung seine Schwerpunkte: „Neben der klassischen Pressearbeitwill ich eine ‚Bewegtbildoffensive‘ starten, um unsere Wahrnehmung zu erhöhen. Der virtuelle ‚BürgerDialog‘ seit Ende März bildete den Auftakt, und bald produzieren wir unsere eigenen Fernsehmagazine“. Dazu will er eng mit dem Landesvorstand und der Landesprogrammkommission kooperieren.

Pressesprecher Dr. Thomas Hartung

Hartung, der als Bildungs- und Medienpolitiker zuletzt die Dresdner Landtagsfraktion unterstützte, gehörte zu den Listenkandidaten, die die Landeswahlkommission Sachsen zur Landtagswahl 2019 gestrichen hatte. Er schreibt regelmäßig für „zuerst!“ sowie unter „Negerkuss und Nazistuss“ seine Kolumne auf dem „Tumult“-Blog; regelmäßig diskutiert er bei „Kelle 22“ mit dem Publizisten Klaus Kelle. Hartung hat soeben sein drittes Buch „Chöre, Köter, Künstlernazis“ im Weltbuch-Verlag Sargans/Dresden veröffentlicht.

Bernd Gögel hieß den Publizisten herzlich willkommen: „Wir freuen uns über die professionelle Unterstützung angesichts wachsender Aufgaben im Vorwahljahr“. *//red*

LESERBRIEF

Walter Lorch, Bad Schönborn

Goethe hat an Schiller geschrieben, er habe Hölderlin geraten, nur kleine Gedichte zu schreiben. Wie muss sich der junge Hölderlin, der doch große Werke schaffen wollte, gefühlt haben, nachdem er von Goethe so geringschätzig beurteilt wurde! Ob dadurch seine Hypochondrie verstärkt oder gar verursacht wurde?

Heidelberg zur Zeit Hölderlins

Der Anfang eines dieser „kleinen Gedichte“, einer Lobeshymne auf Heidelberg, ist in Stein gemeißelt. Dieser steht in der Hölderlin-Anlage, die am Philosophenweg einen schönen Ausblick auf Stadt und Neckar bietet.

Lange lieb ich dich schon, möchte dich, mir zur Lust,/
Mutter nennen und dir schenken ein kunstlos Lied,/
Du, der Vaterlandsstädte/
Ländlichschönste, so viel ich sah./

IMPRESSUM
Landesvorstand der
AfD Baden-Württemberg
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

AUFGEKLÄRT!

Beim CO_2 fallen zu viele Fakten unter den Tisch

JENS SCHÄFER, ÖSTRINGEN

Als ich kürzlich Wissenschaftlern des „Postdam Institut für Klimafolgenforschung“ PIK die Frage stellte, wie sie darauf kämen, dass CO_2 die Klimaveränderung auslöst, erhielt ich zur Antwort: „Wir haben alle Fakten geprüft, nach dem Ausschlussverfahren Kriterien entfernt und es blieb nur noch das CO_2 übrig. Labortests haben ergeben, dass eine CO_2-Schicht in der Atmosphäre den Treibhauseffekt erzeugt. Nachweise sind auch die Verhältnisse auf Venus und Merkur.“

Ein Blick auf die Fakten: Temperaturaufzeichnungen gibt es seit ungefähr 1880. Ab zirka 1940 wird ein Anstieg der Temperatur auf der Erde beobachtet. Die damaligen Thermometer unterscheiden sich in der Genauigkeit von den heutigen um +/- 1 Grad. Bis zu den 1930er Jahren wurden auf den Kontinenten Afrika, Südamerika und Australien kaum Temperaturen erfasst, da dort keine Systematik zur Beobachtung eingerichtet war. Ausgerechnet diese Erdteile haben naturgemäß schon immer hohe Temperaturen. Fügt man einer statistisch erfassten Datenmenge überwiegend hohe Werte hinzu, ist es logisch, dass der Durchschnitt steigt.

Darauf angesprochen, richteten die Wissenschaftler die Gegenfrage an mich: „Wo soll die Erwärmung denn sonst herkommen?“

Wie kann CO_2, das schwerer als Luft ist, nach oben steigen, um eine erderwärmende Schicht zu bilden? Und: Wie kann CO_2 mit seinem minimalen Anteil von 0,04 Prozent an der Luft eine so dichte Verschlussschicht bilden, dass sich die Wärme auf der Erde staut?

Auch diese Fragen konnten die Wissenschaftler des PIK mir nicht schlüssig beantworten.

Das PIK erhält jährlich ca. 12 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt. Passt das Ergebnis ihrer Forschungen deshalb so gut zu den Wünschen der rot-grünen Klimafantasten?

Das zerstörte Friedrichshafen nach dem Krieg

Mai 1945: Nachts durch die Trümmer

DER AUTOR VON „FITTINGE“

Kurz nach dem Krieg hatte mein Vater in Friedrichshafen zu tun und nahm mich im Auto mit. Ich sollte dort übernachten und am anderen Morgen mit dem Zug nach Ulm fahren. Friedrichshafen war großenteils zerstört. Zwischen Trümmerhügeln verliefen freigeschaufelte Gassen. Bei Tag prägte ich mir den Weg zum Bahnhof ein, damit ich mich am nächsten Morgen in der Dunkelheit zurechtfände. Einfach war aber auch dieser „Weg“ nicht.

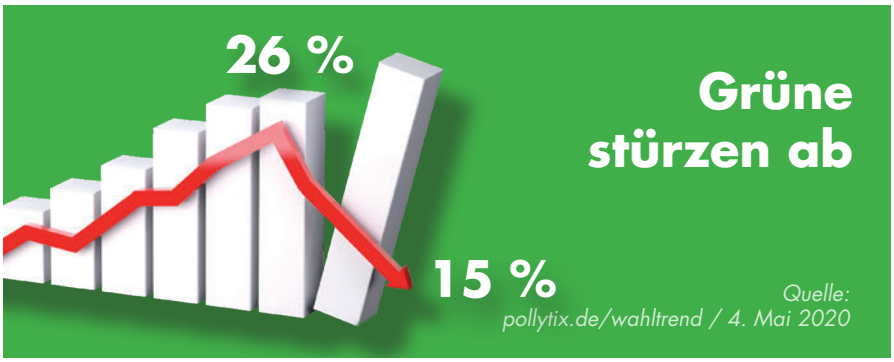
Nach einem kurzen Frühstück ging ich los. Der Vollmond beschien die traurige Trümmerlandschaft, alles sah ganz anders aus als im Tageslicht. „Muss ich erst links und dann rechts, oder rechts und dann ...?“ Über Nacht war alles weg, was ich mir bei Tag gemerkt hatte. Die schwarzen Schatten der gehäuften Trümmer hatten mich zusätzlich verwirrt.

Ich stieg, wo ich eine Gelegenheit hatte, auf einen Haufen hoch, um mir einen Überblick zu verschaffen – ohne Erfolg. Ich rannte weiter, die Zeit verging. Da hörte ich in der Nähe eine Lokomotive pfeifen. Ich schwitzte bei dem Gedanken, was ich tun würde, wenn der Zug weg wäre, ein zweiter fuhr nicht.

Ich hatte mich ausgesperrt, das Schloss war beim Weggehen eingeschnappt, ja ich hätte das Haus wahrscheinlich nicht mehr gefunden. Mein Vater wäre im Bewusstsein, der Junge sitze im Zug nach Ulm, heimgefahren. Da sah ich plötzlich den Bahnhof vor mir und der Zug wartete.

DIE GUTE NACHRICHT

Die Grünen sind die größten Verlierer der Covid-19-Pandemie: Seit Juli 2019 haben sie 40 Prozent ihrer Wähler verloren. Was für ein Absturz einer Partei, die über Monate von den einschlägigen Medien als künftige Regierungspartei gehandelt wurde!

Auch nachdem die Infektionsraten zurückgehen, bleiben die grünen Umfragewerte im Sinkflug, ja selbst in Baden-Württemberg, wo die Grünen an der Regierung sind, haben sie verloren.

Die grüne Klimapanik-Politik hat sich als nicht krisentauglich erwiesen. Der grüne Höhenflug ist einstweilen vorüber. *//red*